

Antrag

Hannover, den 19.02.2019

Fraktion der SPD
Fraktion der CDU

Bahnverkehr voranbringen, Bürgerbeteiligung gewährleisten, Lärmschutz stärken

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

Der verstärkte Personen- und Güterverkehr auf der Schiene stellt die Verkehrsinfrastruktur vor wachsende Herausforderungen. Neben der Stärkung des Hafenhinterlandverkehrs zwischen Hamburg, Bremen und Hannover kommt der Strecke Hannover–Bielefeld auf dem Ost-West-Korridor eine zentrale Bedeutung zu. Im Bundesverkehrswegeplan 2030 sind für die Ertüchtigung der Teilstrecke Bielefeld–Hannover rund 1,8 Milliarden Euro vorgesehen. Ab 2021 soll gleichzeitig der Hauptbahnhof Hannover grundsaniiert und der Bahnknoten ausgebaut werden.

Angesichts gestiegener Anforderungen an Transparenz und Glaubwürdigkeit einer umfassenden Bürger- und Öffentlichkeitsbeteiligung ist es im Interesse des Landes, potenzielle Konflikte frühzeitig zu identifizieren und die Bürgerinnen und Bürger aktiv in die Suche nach geeigneten Lösungen einzubinden. Dies gilt sowohl für die Strecke als auch für Maßnahmen zum Lärmschutz. Das Dialogforum Schiene Nord hat bewiesen, wie eine aktive Einbindung der Zivilgesellschaft Konflikte entschärfen und das Bewusstsein für regionale Herausforderungen geweckt werden kann.

Vor diesem Hintergrund bittet der Landtag die Landesregierung,

1. gemeinsam mit Nordrhein-Westfalen und dem Bund ein Konzept für ein Dialogforum BVWP-Projekt „ABS/NBS Hannover–Bielefeld“ zu entwickeln und dabei auf die positiven Erfahrungen des Dialogforums Schiene Nord zurückzugreifen,
2. sich sowohl bei der Lärmsanierung als auch bei der Lärmvorsorge für einen adäquaten Schutz der Anwohnerinnen und Anwohner von Bahntrassen einzusetzen,
3. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Bauprojekte im DB-Netz hinsichtlich ihrer verkehrlichen Wirkungen insgesamt besser aufeinander abgestimmt werden, insbesondere die Bauprojekte Hannover–Bielefeld und die Sanierung des Hauptbahnhofs Hannover,
4. sich dafür einzusetzen, dass digitale Hinweissysteme insbesondere in Bahnhöfen zügig eingeführt werden.

Begründung

Der Wirtschafts- und Logistikstandort Niedersachsen ist auf leistungsstarke und verlässliche Verkehrsinfrastruktur angewiesen. Die Steigerung des Gütertransports auf der Schiene sowie eine wachsende Nachfrage nach Personennah- und -fernverkehr führen zu einem höheren Bau- und Investitionsbedarf. Die aktuell auf der besonders stark beanspruchten Ost-West-Strecke zwischen Ruhrgebiet und der Bundeshauptstadt verfügbaren Kapazitäten übersteigen die Nachfrage bereits heute. Die sehr aufwändige und emotional geführte Debatte um das Alpha-E - früher: Y-Trasse - bietet wichtige Aufschlüsse, wie große Infrastrukturvorhaben künftig geplant und durchgeführt werden sollten. Die positiven Erfahrungen des Dialogforums Schiene Nord sollen dazu beitragen, dass die Anwohnerinnen und Anwohner der geplanten Aus- und Neubautrasse zwischen Bielefeld und Hannover frühzeitig und umfassend bei den Planungs- und Bauschritten eingebunden werden. Geplant sind zwei zusätzliche Gleise zwischen Seelze und Porta Westfalica sowie die Ertüchtigung von Gleisen im weiteren Streckenverlauf. Bei der Konzeptionierung des Dialogforums „Neu- und Ausbaustrecke Hannover–Bielefeld“ ist eine enge Abstimmung mit dem Land Nordrhein-Westfalen und dem Bund vonnöten.

Die Digitalisierung ermöglicht dank zahlreicher technischer Innovationen spürbare Fortschritte im Bahnverkehr. Hierzu zählen u. a. digitale Leuchtbänder und Auslastungsanzeigen anstelle analoger Wagenstandsanzeigen, synchronisierte Bremssysteme zwischen Zügen zur Verringerung von Sicherheitsabständen oder verlässlichere Echtzeit-Informationen zu Zugverbindungen, Verspätungen und Ersatzverkehren.

Um unnötige Belastungen der Anwohnerinnen und Anwohner sowohl im Bauverlauf als auch im Streckenbetrieb zu vermeiden bzw. zu verringern, sind zusätzliche Impulse im Lärmschutz notwendig. Ab 2021 beginnen auf 15 Jahre ausgelegte umfangreiche Bau- und Sanierungsarbeiten am Hauptbahnhof Hannover. Um zusätzliche Zugausfälle und längerfristige Behinderungen zu verhindern, sollten die beiden Bauvorhaben möglichst eng aufeinander abgestimmt werden. Parallel geplante Baumaßnahmen an Landesstraßen und Bundesfernstraßen sollten im Sinne einer modernen Verkehrskoordination frühzeitig berücksichtigt werden, um die Einschränkungen im Verkehr für die Bürgerinnen und Bürger so gering wie möglich zu halten.

Für die Fraktion der SPD

Wiard Siebels
Parlamentarischer Geschäftsführer

Für die Fraktion der CDU

Jens Nacke
Parlamentarischer Geschäftsführer

(Verteilt am 20.02.2019)